

Abschied von Wohlstand & Sicherheit?

11/2022

IW-Chef Prof. Hüther im Presseclub über Dysfunktionalitäten in der Kölner Verwaltung, Inflation und die Abhängigkeit von Energie

von Ulriche Brincker

Deutschland, ein Land im Dauerstress mit Krieg in der Ukraine, Energiewende, Inflation und immer noch Pandemie. Zeitenwende oder die fetten Jahre sind vorbei? „Der Begriff von der Zeitenwende ist passend“ sagt Professor Dr. Michael Hüther, Wirtschaftsforscher und Direktor des Instituts der deutschen Wirtschaft. Wir alle seien jetzt zu Zeitzeugen von großen Veränderungen geworden, deren Tragweite vermutlich erst in der Rückschau erkennbar werde. Seit dem Angriffskrieg in der Ukraine stimmten die Dinge nicht mehr, die man vorher für selbstverständlich gehalten habe wie die Abhängigkeit vom russischen Gas. Die Frage sei nur, ob das von der Politik auch ernst genug genommen werde.

Im Gespräch mit Peter Pauls (Vorsitzender Kölner Presseclub) erläutert er aus Wirtschaftsperspektive, wie es den Deutschen in 2022 erging und wie die Aussichten für das kommende Jahr sein werden. So halb rosig, aber das Schlimmste sei vermutlich überstanden. Die „großen Themen“ wie die Abhängigkeit von russischer Energie, die marode Infrastruktur und vor allem auch die schlecht ausgestattete Bundeswehr würden uns noch länger erhalten bleiben so der Wirtschaftsforscher. Seine Prognose: Wir werden nicht mehr zurückkommen zu den alten Zuständen. Energie werde auch in Zukunft teuer bleiben. Das Schlimmste sei zwar überstanden, aber auch im Herbst 2023 müssten die Gasspeicher wieder gefüllt werden. Und so schnell seien die fossilen Energien nicht mit erneuerbaren zu ersetzen. Die Strommixaufstellung vom 8. Dezember liest sich so: Wind 23 %, Biomasse 6,7, Solar 1,7. Könnten die erneuerbaren Energien eines Tages ein Exportschlager werden?

„Wir müssen weg von der Idee, für andere ein Vorbild sein zu müssen“ so Hüther. „Und wir sind schon lange davon weg, das zu sein, was wir glauben zu sein“. Kurz gesagt: andere sind da schon längst innovativer und vor allem auch schneller. Texas zum Beispiel habe sich neu erfunden. So produziere der Bundesstaat am meisten Erdöl von allen US-Bundesstaaten, aber gleichzeitig komme von dort ein Viertel der gesamten Windenergie in den USA. Möglich auch in Deutschland?

Die sechzehn Jahre Merkel-Regierung seien „nicht sehr ambitioniert“ gewesen, was die großen klimapolitischen Herausforderungen angehe. Der Glaube, das werde schon funktionieren und etwas „zu viel Köln auf Bundesebene“ hätten diese Jahre geprägt. Das Stichwort „Köln“ in Zusammenhang mit „Ambition“ sorgt im Publikum übrigens für regelmäßige Lacher. Eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft kommt zu dem Schluss, dass die Stadt eine teilweise „dysfunktionale Verwaltung wie Berlin“ habe.

Ist Köln jetzt schon eine gescheiterte Stadt? In der Stadt sei keine „Änderungsdynamik“ zu spüren, so Hüther. Er bewundere die Duldsamkeit des Kölner Bürgertums mit diesem Zustand. Dass die Sanierung der Kölner Oper noch immer nicht über die Bühne sei, verstehe von außen niemand. Das notorische Scheitern habe mit der Struktur der Stadt zu tun, eine Millionenstadt ließe sich nicht genauso regieren wie eine 500 000 Einwohner-Stadt. Indikator Krankenstand der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst: In Köln und auch in Berlin sei dieser mit 23 Tagen doppelt so hoch wie im bundesdeutschen Schnitt.

Die Mitarbeiter der Dezernate zum Beispiel fühlten sich überfordert, in einem solchen System zu arbeiten. Es gebe keinen Nachwuchs und auch die Digitalisierung sei nicht vorangekommen. Um Köln zu dem zu machen, was es sein könnte, bedarf es seiner Meinung nach grundlegender Änderungen in der Verwaltung. Aber auch Leuchttürme wie zum Beispiel endlich wieder ein Opernhaus oder ein Haus der Universität in der Innenstadt könnten Signalwirkung haben.

Mach voran - eine Aufforderung nicht nur an die Kölner, sondern an alle Deutschen. Aufgrund des demographischen Wandels fehle es an Arbeitsvolumen oder in konkreten Zahlen: bis zum Ende des Jahrzehnts an 4,2 Milliarden Arbeitsstunden. Zwei Stunden mehr arbeiten pro Woche eine Empfehlung nicht nur an die Kölner Stadtverwaltung.